



## Nachhaltiger rechnen

Seite 10



## Reifen aus Löwenzahn

Seite 12



## Neuwahlen abgelehnt

Seite 14

# Erfüllungshilfe aus dem Baltikum

Erstes europäisches Kooperationsabkommen zum Austausch von erneuerbaren Energien zwischen Luxemburg und Litauen

VILNIUS  
CLAUDE KARGER

**D**ass Luxemburg seine europäische Verpflichtung, bis 2020 elf Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu bestreiten, nicht aus eigener Kraft erfüllen kann, ist seit dem nationalen Plan für erneuerbare Energien von 2011 nichts Neues.

### Rückgriff auf speziellen Kooperationsmechanismus

Dass es demnach auf die in der „Renewables“-Direktive von 2009 vorgesehenen Kooperationsmechanismen zurückgreifen muss, ebenfalls. Diese erlaubt, Ländern, die ihr Ziel sicher erreichen werden, quasi Anteile an ihrer Über-„Performance“ abzukaufen. Seit 2011 versucht Luxemburg, Abkommen in diesem Sinne zu schnüren, um, wie Wirtschafts- und Energieminister Etienne Schneider erklärt, auf diese Weise insgesamt zwei Prozent näher ans Ziel zu kommen.

Die Verhandlungen scheiterten bislang am Preis, aber nun ist es gelungen, mit Litauen einen Kooperationsvertrag abzuschließen. Das Dokument, das im Rahmen des offiziellen Besuchs des Großherzogs in Litauen gestern feierlich von Schneider und dem litauischen Energieminister Zigmantas Vaiciunas im Präsidentenpalast unterzeichnet wurde, ist auch das erste dieser Art in der EU.

Der baltische Staat hat sein Potenzial in Bereich erneuerbare Energien stark ausgebaut (Solar, Geothermie, Windkraft, Biomasse vor allem aus der nachhaltigen Bewirtschaftung der ausgedehnten Wälder Litauens) und ist seinem Ziel von 23 Prozent „Renewables“-Anteil am Energiemix bereits ziemlich nahe. Getrieben werden die Investitionen von dem Wunsch nach einer größeren Unabhängigkeit von russischen Strom- und Gaslieferungen. Auch hat das Land per Referendum beschlossen, keinen neuen Atommeiler mehr zu errichten. Die Zentrale von Ignalina war 2009 geschlossen worden. Sorgen bereitet den Litauern aber, dass



Unter den Augen der beiden Staatsefs unterzeichnen der luxemburgische Wirtschafts- und Energieminister Etienne Schneider (l.) und der litauische Energieminister Zigmantas Vaiciunas das Vorreiter-Abkommen

Foto: SIP/Charles Caratini

die Weißrussen etwa 50 Kilometer südlich von Vilnius einen neuen Reaktor bauen.

### 10 Millionen Euro für Luxemburgs „Renewables“-Einkauf

Doch zurück zum gestern unterzeichneten Vertrag zwischen Litauen und Luxemburg: Dieser läuft von 2018 bis 2020. Weitere mit anderen Ländern werden folgen. Am 7. November soll auch einer mit Estland unterzeichnet

werden. Rund 10 Millionen Euro will Luxemburg sich die Abkommen kosten lassen. „Das ist die billigste erneuerbare Energie, die wir je bekommen können“, sagt Schneider. Allerdings steht der Deal natürlich nur auf dem Papier, weshalb auch von einem „statistischen Transfer“ gesprochen wird.

➔ Mehr Seite 11

„Das ist die billigste erneuerbare Energie, die wir je bekommen können“

ETIENNE SCHNEIDER, Wirtschaftsminister

# Viele offene Baustellen

Delegiertenkongress des „Syndicat Professionnel de la Force Publique“

**WALFERDINGEN** „Es tut gut, dass Sie den Weg zu uns gefunden haben; dies zeigt Ihre Verbundenheit zu uns, zur ‚Force Publique‘“, führte SPFP-Generalsekretär Lex Heles gestern in die Versammlung ein. Sind es doch aktuell turbulente Zeiten für Armee und Polizei, die Bürgermeisterin Joëlle Elvinger in ihrer Begrüßung kurz anriss.

### Disziplinalgesetz: Dorn im Auge der Gewerkschaft

So blickten Präsident Pascal Ricquier und Vizepräsident Christian Schleck detailliert auf diese turbulente Zeit. Ricquier beleuchtete die interne Arbeit für die 3.000 Mitglieder. „Wir müssen mehr Aufgaben gemeinsam lösen - zwischen Polizei und Armee“, sagte Ricquier. Und wie gut das klappte, zeigte Ricquier an dem Beispiel, dass mittels der zufällig anwesenden Armee und deren Wärmebildkamera ein

flüchtiger Einbrecher von der Polizei gestellt werden konnte. Natürlich griff Ricquier das Disziplinalgesetz auf, das immer noch ein Dorn im Auge der Gewerkschaft ist. Reiben tut sich die Gewerkschaft vor allem daran, dass sie als Personalvertretung gar nicht in diesen weiteren Prozess mit eingebunden und „das Gutachten quasi komplett ignoriert“ wurde. So sei das Gesetz „voller Sauereien“, sagte Ricquier. Klare Regelungen würden fehlen. „Bisher war es auch immer so, dass sobald ein Disziplinarverfahren eröffnet wurde, der Beamte auch versetzt wurde“, ein Vorgehen, was so illegal sei, wie Ricquier ausführte. Auch müsste die Zusammensetzung des Disziplinarrates an die Zusammensetzung des „Disziplinarrates der Staatsfunktionäre“ angepasst werden, damit auch hier eine neutrale Bewertung der Vorgänge gegeben sei. „Auch bei der Armee ist dies der Fall. Ich hoffe, dass die Abgeordnete

hier reagieren, damit unsere Leute nicht die Verlierer sein werden.“

### Fragwürdiger Sozialdialog

Christian Schleck, der übrigens gestern Abend das Amt des Präsidenten übernommen hat, griff in seiner Rede unter anderem dem Aspekt der Verwaltungsvereinfachung auf, „die immer noch ein Thema ist - ebenso wie das neue Organigramm der Armee.“ Auch die entsprechenden „lignes directrices“ würden noch ein Problem darstellen, zumindest Fragen aufwerfen. „Hier sind es die Postenbesetzungen. Diese müssen nach unserer Ansicht von Militärangehörigen besetzt werden.“ Auch die entsprechenden Prämien müssten angepasst werden, „dafür machen wir uns stark“, sagte Schleck. Die neuen Karrieren müssten passend bei der Armee ein- und umgesetzt werden. „Denn auch von uns wird immer mehr verlangt.“ Was die Idee

einer Reservearmee angeht, so sei dies sicherlich keine schlechte Idee, „aber es gibt aktuell sicherlich genügend andere Baustellen, die wichtiger sind.“ Bezüglich des Sozialdialogs zeigte sich Schleck teils überrascht, dass nach getroffenen Entscheidungen ein Jahr später alles wieder in Frage gestellt wird. Unter dem Strich habe die Armee nur eine Verschlechterung bezüglich ihrer Karriere erfahren. Hier wurde auch der Punkt der „Auszubildenden“ aufgegriffen. Doch die Armee dürfe nicht stiefmütterlich behandelt werden. Was die Rekrutierung bei Armee und auch der Polizei (und auch die Aus- und Fortbildung bei der Armee) anbelangt, so sei dies aktuell ein großes Problemfeld, sagte Schleck. „Denn so, wie es sich momentan darstellt, ist die Armee nicht sehr attraktiv für die Leute.“ Hier sprach sich Schleck für eine Quote beim Staat und den Gemeinden für die weiteren Laufbahnen aus. 12